

**Der Koalitionsvertrag 2008 – 2013
von CDU und FDP**

Eine kurze Zusammenfassung

Finanzen

- Neuverschuldung ab 2010 beenden
- in den Schuldenabbau einsteigen
- ein verfassungsrechtliches Verbot der Neuverschuldung
- Doppik in der Landesverwaltung einführen
- Landesbeteiligungen an der Volkswagen AG und der Salzgitter AG erhalten
- Landesbeteiligungen weiter zurückführen
- Pensionsfonds für alle neu eingestellten Beamte einführen, sobald der Haushalt ohne neue Schulden ist (geplant 2010)

Wirtschaft

- Wirtschafts- und Innovationsförderung verstärken
- Stiftung Zukunfts- und Innovationsfonds Niedersachsen aufbauen (bis 2011 mind. 100 Mio. €)
- Ideen-Expo in Hannover alle zwei Jahre
- Bürokratieabbau fortsetzen
- „Niedersachsen Global“ anstelle der bisherigen IPA
- Fachkräftemangel mit „Pakt für Qualifizierung“ vorbeugen

- Infrastrukturprojekte voranbringen:

Häfen:

„Deutsche Bucht“ zu einer leistungsstarken Wirtschaftsachse des Landes ausbauen,
Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven bauen,
Ausbau der anderen See- und Binnenhäfen,
leistungsstarke Hinterlandverbindungen

Straße:

A1, A7 und E233 ausbauen,
feste Elbquerung im Rahmen der A20,
A22 und A39 neu bauen, A26 bauen sowie Lücke zwischen A33/A1 schließen

Schiene:

drittes Gleis Lüneburg-Stelle bauen,
zweites Gleis auf der ICE-Strecke Braunschweig - Gleidingen bauen,
Strecke Wilhelmshaven – Oldenburg durchgehend zweigleisig bauen und elektrifizieren,

Y-Trasse planen,
private Angebote beim Schienenverkehr ausbauen,
nichtbundeseigene Eisenbahnen fördern

Schule und Bildung

- Beitragsfreiheit für die Kindergärten schrittweise auf zweites und erstes Jahr erweitern
- Kindergärten mit Grundschulen weiter verzahnen (Brückenjahr)
- schrittweise Regeleinschulungsalter absenken
- aufgrund sinkender Schülerzahlen frei werdende Lehrerressourcen im Bildungswesen belassen
- wohnortnahes, begabungsgerechtes, differenziertes und gegliedertes Schulsystem erhalten und neue Gesamtschulen unter bestimmten, gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen zulassen
- Klassengrößen überprüfen und im Rahmen der Finanzierbarkeit verkleinern
- Lehrpläne überprüfen und Gesamtpflichtstundenzahl bis zum Abitur angemessen absenken
- Berufsorientierung an allen Schulformen fördern mit dem Ziel, die Abschlussquote zu erhöhen
- Schulleitungsakademie gründen
- soziale, pädagogische und didaktische Kompetenz in der Lehrerausbildung stärken

Wissenschaft und Kultur

- im NHG geregeltes Drittmittelrecht weiterentwickeln zur weiteren Steigerung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen
- Zukunftsvertrag mit den Hochschulen und finanzielle Unterstützung der Studentenwerke fortführen
- 11.200 neue Studienanfängerplätze bis 2010
- nach vorheriger Prüfung ggf. Kompetenz für eine eigene Gestaltung der Studienbeiträge auf die Hochschulen übertragen (bis max. 500 €)
- Niedersächsische Technische Hochschule aus TUs Hannover, Braunschweig, Clausthal gründen
- lebenslanges Lernen weiter fördern durch Kooperationen zwischen Erwachsenenbildung und Hochschulen
- Qualitätssiegel für öffentliche Bibliotheken einführen
- kulturelle Kinder- und Jugendbildung weiter entwickeln
- Kulturgüter und Denkmäler erhalten
- Selbstständigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften bewahren

Umwelt, Klimaschutz und Energie

- Niedersächsisches Naturschutzgesetz novellieren (Instrument der Ersatzgeldzahlung als Ausgleich für Eingriffe in die Natur stärken)
- Vertragsnaturschutz stärken
- Umweltbildung schulisch und außerschulisch stärken
- Naturschutzeinrichtungen und -projekte fördern
- EU-Wasserrahmenrichtlinie 1:1 umsetzen
- Wettbewerb auf Strom- und Gasmarkt stärken
- Forschungsbereich Energiespeicherung vorantreiben
- bis 2020 Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch auf 25 % erhöhen
- Regierungskommission „Klimaschutz“ einrichten
- Küsten- und Hochwasserschutz vorantreiben
- Generalplan Küstenschutz fortschreiben, Generalplan Inselschutz auflegen
- Meeressicherheit und Havarieschutz verbessern

Innen, Integration und Sport

- Offensive für bessere Ausrüstung und moderne Ausstattung der Polizei
- Aufklärungs- und Fahndungsinstrumentarium erweitern
- Verfassungsschutz als Frühwarnsystem stärken
- Ausweisungs- und Abschiebemöglichkeiten für Straftäter erleichtern
- Möglichkeiten qualifizierter Zuwanderung erweitern
- „Gesamtkonzept Friedland“ erarbeiten
- keine Gebietsreform von oben, sondern interkommunale Zusammenarbeit fördern
- einheitliches niedersächsisches Kommunalverfassungsrecht
- Modellkommunengesetz auf alle Gemeinden und Landkreise ausdehnen
- Kommunalisierung weiterer Aufgaben prüfen
- IT-Infrastruktur in der Landesverwaltung ausbauen
- öffentliches Dienstrecht modernisieren und attraktiver gestalten
- Sportinfrastruktur modernisieren

Soziales

- bis 2013 soll der Versorgungsgrad an Krippen- und Tagespflegeplätzen für die unter 3-jährigen bis zu 35 % erhöht werden
- verbindliches Einlade- und Meldewesen zu den Früherkennungsuntersuchungen für Kinder von 0 bis 5 Jahren
- Kinderrechte in der Landesverfassung verankern
- Landesrecht an Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes anpassen

- Psychiatriekonzept entwickeln
- Landesheimgesetz verabschieden
- Projekt Ehrenamtskarte weiter voranbringen
- Niedersächsische Bauordnung deregulieren

Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung

- Gleichberechtigtes Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft
- Wettbewerbsfähigkeit der Agrar- und Ernährungswirtschaft durch innovative Forschung und Ausbildung sichern
- Nutzflächenverbrauch reduzieren
- angemessene Finanzausstattung der GAP und Erhalt der Direktzahlungen über 2013 hinaus
- EU-weite Harmonisierung geltender Produktions- und Verarbeitungsstandards sowie die Gleichbehandlung bei der Agrardieselbesteuerung vorantreiben
- Umstellung auf ökologischen Landbau als Naturschutzkompensationsmaßnahme anerkennen
- Direkteinspeisung von Biogas ins Erdgasnetz ermöglichen
- LAVES weiter modernisieren
- Aktionsplan „Sichere Lebensmittel aus Niedersachsen“ weiterentwickeln
- Gemeinsames Verbraucherschutzinformationssystem Niedersachsen (GeViN) bundesweit als Frühwarnsystem etablieren
- „Ernährungsportal Niedersachsen“ einrichten
- für flächendeckende Breitbandversorgung einsetzen

Justiz

- am Bedarf orientierte Personalpolitik sowie gute und moderne Arbeitsbedingungen
- Gerichtsvollzieherwesen privatisieren, um Justiz auf Kernaufgaben zu konzentrieren
- R-Besoldung erhalten
- ggf. an einem Ort befindliche Gerichte zu Justizzentren zusammenlegen
- Opferschutzkonzeption vorlegen, um Opferrechte zu stärken (z.B. kostenloser Opferanwalt)
- Kinder- und Jugendkriminalität gemäß dem Dreiklang Prävention, Integration und Repression bekämpfen
- mehr Beförderungsmöglichkeiten im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst
- Justizvollzugsgesetz überprüfen, insbesondere die Zuständigkeit im Rahmen der Untersuchungshaft
- Bau und Betrieb einer neuen JVA in Bremervörde als PPP-Projekt

Medien

- Funktionsauftrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk konkretisieren
- mehr Regionalberichterstattung im NDR-Fernsehen
- ggf. lokale kommerzielle Rundfunkprojekte als Ergänzung der hiesigen Medienlandschaft

Europa und internationale Zusammenarbeit

- integrierte EU-Meeresspolitik voranbringen
- Informationsarbeit über Europa fortsetzen und weiter verbessern
- Teilnahme an Austauschprogrammen vereinfachen